

702 27-01-2013

742.0707

26.02.2013

Niederschrift über die Senatssitzung

(I.7)

Frau Senatorin Prüfer-Storcks trägt den Inhalt der Drucksache Nr. 2013/512, betreffend

Hamburger Integrationskonzept: Teilhabe, Interkulturelle Öffnung und
Zusammenhalt,

vor, gibt Änderungen in dem mit der Senatsmitteilung vorgelegten Hamburger Integrationskonzept zur Niederschrift und bittet, im Senatsteil unter dem Gliederungspunkt „4. Umsetzung des neuen Integrationskonzeptes – Steuerung des Prozesses und Verantwortung der Behörden und Ämter“ im ersten Satz des siebten Absatzes das Wort „Diskriminierungsmerkmal“ in „Merkmal“ zu ändern.

Des Weiteren bittet sie das Petitum wie nachstehend zu beschließen.

Der Senat nimmt Kenntnis und fasst folgenden Beschluss:

1. Der Senat stimmt den Ausführungen in der vorgelegten Drucksache zu.
2. Der Senat beschließt die vorgelegte Mitteilung an die Bürgerschaft einschließlich des als Anlage zur Senatsmitteilung vorgelegten „Hamburger Integrationskonzept“ mit den zur Niederschrift gegebenen Änderungen.

Gr. Verteiler

Für die Richtigkeit


Annette Hitpaß



Senatskanzlei

Berichterstattung:
Senator Scheele
Staatsrat Pörksen

TOP I. 7
B

Geschäftsstelle des Senats
Eing.: 20. FEB. 2013

Vorblatt zur
Senatsdrucksache
Nr. 2013/00512
vom: 20.02.2013

Hamburger Integrationskonzept: Teilhabe, Interkulturelle Öffnung und Zusammenhalt

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

A. Zielsetzung

Fortschreibung und Neuausrichtung des Hamburger Handlungskonzepts zur Integration von Zuwanderern (2006) gemäß Arbeitsprogramm des Senats.

B. Lösung

Vorlage eines neuen Integrationskonzepts „Teilhabe, Interkulturelle Öffnung und Zusammenhalt“ mit den zentralen Strategien der Verbesserung von Teilhabe, der interkulturellen Öffnung und des Abbaus von Diskriminierung.

C. Auswirkungen auf den Haushalt

Mit dieser Drucksache keine zusätzlichen Ausgaben. Die Finanzierung der dargestellten Maßnahmen und Konzepte erfolgt im Rahmen von fachpolitischen Prioritätensetzungen aus den in den jeweiligen Einzelplänen veranschlagten Haushaltsmitteln.

D. Auswirkungen auf die Vermögenslage

Keine.

E. Sonstige finanzielle Auswirkungen

Keine.

F. Auswirkungen auf

☒ Familienpolitik

Insbesondere die Abschnitte „Frühkindliche Förderung“, „Sprachförderung und Bildung in allgemeinbildenden Schulen“, „Sport“ sowie das Kapitel „Wohnungsmarkt“ sind von familienpolitischer Relevanz.

Durch die Strategie der Interkulturellen Öffnung werden insbesondere in Kitas und anderen Bildungseinrichtungen Zugänge für Familien mit Migrationshintergrund erleichtert.

Einrichtungen der Familienförderung werden v.a. die Zielgruppe der bildungsfernen Familien mit Migrationshintergrund in den Blick nehmen.

Von der im Konzept angelegten Stärkung der Erziehungs- und Förderkompetenz von Eltern mit Migrationshintergrund und insbesondere der verstärkten professionellen Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus werden Familien profitieren.

☐ Klimaschutz

☐ Bürokratieabbau

☒ Inklusion

Das Konzept betrifft auch Menschen mit Behinderung und Migrationshintergrund. Hier besteht die Gefahr der doppelten Diskriminierung. Im Rahmen der Umsetzung dieses Konzepts und des Landesaktionsplans zu Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (Bürgerschafts-Drs. 20/6337 vom 18. Dezember 2012) ist hierauf ein besonderes Augenmerk zu richten.

☒ Gleichstellung

Es gehört zu den Leitsätzen des neuen Integrationskonzepts, dass die besonderen Situationen und Belange der Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund berücksichtigt werden.

Gleichstellungspolitische Aspekte werden ebenfalls in den einzelnen Kapiteln des Konzepts und im Rahmen der Umsetzung berücksichtigt.

G. Alternativen

Verzicht auf die Vorlage eines neuen Integrationskonzepts.